



Verkehrsausschuss

58. Sitzung (öffentlich)

25. August 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:10 Uhr bis 17:19 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 5

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 3 heute nicht zu behandeln.

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen 6

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14066

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

2 Mobilität.nrw **7**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12373

Schriftliche Anhörung des Verkehrsausschusses

Stellungnahme 17/4062

Stellungnahme 17/4067

Stellungnahme 17/4068

Stellungnahme 17/4049

Stellungnahme 17/4077

Stellungnahme 17/4079

Stellungnahme 17/4090

Stellungnahme 17/4102

Stellungnahme 17/4103

Stellungnahme 17/4218

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Insektenschutz jetzt! – Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt entlang der Straßen in Nordrhein-Westfalen **9**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13392

Stellungnahme 17/4120

Stellungnahme 17/4121

Stellungnahme 17/4132

Stellungnahme 17/4165

Stellungnahme 17/4173

Stellungnahme 17/4215 (Neudruck)

Stellungnahme 17/4239

– wird nicht behandelt

4 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich gegen die geplante automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen! 10

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

Ausschussprotokoll 17/1439 (*Anhörung am 02.06.2021*)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13401

Ausschussprotokoll 17/1477 (*Anhörung am 24.06.2021*)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Schwerlasttransporte im Schaustellergewerbe (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) 13

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5363

in Verbindung mit:

Gebühren für Streckengenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte in der Schaustellerbranche (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5363

– keine Wortbeiträge

7 Wiederaufbau der zerstörten Verkehrsinfrastruktur in den durch Starkregen betroffenen Gebieten *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **14**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5544

in Verbindung mit:

Auswirkungen der Unwetterkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 im Bereich der Verkehrsinfrastruktur *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5544

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **19**

* * *

Zur Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 3 heute nicht zu behandeln.

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14066

(Der Gesetzentwurf wurde am 17.06.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen.)

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

2 **Mobilität.nrw**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12373

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/4062
Stellungnahme 17/4067
Stellungnahme 17/4068
Stellungnahme 17/4049
Stellungnahme 17/4077
Stellungnahme 17/4079
Stellungnahme 17/4090
Stellungnahme 17/4102
Stellungnahme 17/4103
Stellungnahme 17/4218

(Der Antrag wurde nach Beratung am 27.01.2021 einstimmig an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Arndt Klocke (GRÜNE) bezeichnet die Stellungnahmen als durchwachsen, wenn er auch die Grundidee des Antrags für richtig halte, nämlich die Verkehrsplanung verkehrsträgerübergreifend mit den Schwerpunkten ÖPNV und Radverkehr stärker zu vernetzen. Nicht hingegen wolle seine Fraktion eine „Megabehörde“ schaffen, die alle Verkehrsträger umfasse. Vielmehr gehe es mit Blick auf den ÖPNV etwa um eine bessere Verzahnung, sodass nicht Autobahn und parallele Bahnstrecke zeitgleich saniert würden, was zu erheblichen Verkehrsbehinderungen führe. Er kündigt an, diese Idee weiterzuentwickeln.

Klaus Vossemer (CDU) wendet ein, mit dieser Einsicht hätten die Grünen den Antrag zurückziehen sollen; habe doch auch seine Fraktion ihn anders verstanden. Er unterstellt, die Grünen hätten ursprünglich sehr wohl ein „Großkombinat“ schaffen wollen, obwohl große Einheiten nicht unbedingt für mehr Effizienz und Beschleunigung stünden. Zudem müsse man die Unterschiede der verschiedenen Verkehrsträger berücksichtigen, sodass er eine vollständige Trennung der DB Netz AG weder für zielführend noch für nachhaltig halte. Auch gehe es bei Umstrukturierungsprozessen in der Regel weniger um die Sache, als für längere Zeit mehr um die Organisation selbst.

Allerdings könne man die Kommunikation immer noch verbessern wie etwa mit Blick auf Bauarbeiten an einer Bahnstrecke und parallelen Straßen, die sich aber seit 2017 bereits deutlich verbessert habe, sodass Baustellen zum Wohle der Pendlerinnen und Pendler nun stärker miteinander abgestimmt würden.

Die Kommunen forderten ausdrücklich, der ÖPNV müsse in kommunaler Hand bleiben. Wenn auch noch „deutlich Luft nach oben“ bestehe, wolle seine Fraktion daran nicht grundsätzlich rütteln.

Carsten Löcker (SPD) schließt sich Klaus Vossemer an, einen solch missverständlichen Antrag sollten die Grünen zurückziehen.

Ulrich Reuter (FDP) räumt ein, auch seine Fraktion habe den Antrag wie die Sachverständigen offensichtlich missverstanden.

Arndt Klocke (GRÜNE) verweist auf Hessen, wo sich Straßenbaubetriebe anders aufgestellt hätten, und zeigt sich verärgert, dass der dortige Landesbetrieb keine Stellungnahme abgegeben habe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

(Wird heute nicht behandelt, s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)

3 Insektenschutz jetzt! – Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt entlang der Straßen in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13392

Stellungnahme 17/4120
Stellungnahme 17/4121
Stellungnahme 17/4132
Stellungnahme 17/4165
Stellungnahme 17/4173
Stellungnahme 17/4215 (Neudruck)
Stellungnahme 17/4239

4 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich gegen die geplante automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

Ausschussprotokoll 17/1439 (Anhörung am 02.06.2021)

(Der Antrag wurde am 03.03.2021 einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Europa und Internationales sowie an den Verkehrsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) moniert, zwar sei die EU vor vier Monaten zur selben Auffassung wie seine Fraktion gekommen, dass die angestrebten Grenzwerte technisch nicht umgesetzt werden könnten, kündige aber einen neuen Entwurf zum Jahresende an.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13401

Ausschussprotokoll 17/1477 (Anhörung am 24.06.2021)

(Der Antrag wurde nach Beratung am 29.04.2021 einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Verkehrsausschuss, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Carsten Löcker (SPD) wirft die Frage nach der Personalgewinnung und Personalgestaltung im SPNV auf. Wie auch im ÖPNV auf der Straße gehe es darum, gute Rahmenbedingungen zu setzen, denn in den letzten 25 Jahren seien viele Standards abgesenkt worden. Kein Unternehmen bilde mehr selbst Triebfahrzeugführer oder Busfahrer im eigenen Betrieb aus, sondern lasse dies über die öffentliche Hand finanzieren. Mit Blick auf ihre Entlohnung erführen viele Beschäftigte am Ende keinen Respekt mehr, obwohl sie das wichtigste Gut transportierten, nämlich Menschen; so müssten viele Beschäftigte zu Beginn ihrer Tätigkeit trotz 39 Stunden Arbeit pro Woche Zuschüsse vom Wohnungsamt in Anspruch nehmen.

Nic Peter Vogel (AfD) sieht die originäre Zuständigkeit nicht beim Verkehrsausschuss.

Carsten Löcker (SPD) verweist daraufhin auf den Artikel in der Rheinischen Post vom Vortag, wonach Abellio im nächsten Monat aus seinen Leistungen aussteigen wolle, weil das Unternehmen kaum noch Menschen finde, für den Lohn unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Die Arbeit sei in den letzten 25 Jahren insbesondere im ÖPNV entwertet und Sozial- und Lohnstandards gesenkt worden, was auf die finanzielle Not der Städte zurückgehe. In diesem Zusammenhang habe man auch viele Diskussionen über Privatisierungen geführt. Er bezeichne die Änderungen im SPNV auch mit Blick auf die EU-Gesetzgebung an vielen Stellen als gut, wenn man es bei den Ausschreibungen auch versäumt habe, darauf zu achten, am Ende nicht nur den Billigsten zu nehmen, was zu Druck auf die Beschäftigten führe.

Zum Glück werden nun wieder viel Geld in die Hand genommen, um dem ÖPNV mit Blick auf die Verkehrswende entsprechendes Gewicht zu verleihen. Er bekenne, er hätte sich niemals vorstellen können, öffentlichen Arbeitgebern wegen „solcher Schweinereien“ die Hand reichen zu müssen. Andere Bundesländer hätten sogar die kompletten Leistungen ausgeschrieben, wohingegen er stets auf das soziale Gewissen Nordrhein-Westfalens stolz gewesen sei, indem Tariftreuegesetze das immer weitere

Absenken der Löhne ins Bodenlose verhindert hätten, sodass die Beschäftigten durch die öffentliche Hand alimentiert werden müssten.

Er plädiert auch mit Blick auf die Anforderungen der Unternehmen, die aus dem ÖPNV ausstiegen, für mehr Sensibilität, die bei ihrem Angebot davon ausgegangen seien, für wenig Geld möglichst viele auf Kosten des Steuerzahlers ausgebildete Beschäftigte zu bekommen. Wohin diese kurzsichtige Annahme führe, erkenne man nun. Er betont, es gehe nicht um die Arbeit der Gewerkschaften, sondern um gesetzliche Rahmenbedingungen für gute Löhne und gute Arbeit, damit die Menschen von ihrer Arbeit auch leben könnten. Nun gelte es, die vor einigen Jahren mit guter Absicht geschlossenen Verträge in Ordnung zu bringen, damit der SPNV solide funktioniere, denn davon profitierten alle.

Marco Schmitz (CDU) bezeichnet den Antrag als Sammelsurium kurz vor dem SPD-Bundesparteitag, das nicht in den nordrhein-westfälischen Landtag gehöre. Schwarz-Gelb habe den Arbeitsschutz wesentlich stärker ausgebaut als Rot-Grün, sei selbstverständlich auch bereit, gute Löhne zu zahlen, und fördere die Tariftreue. Die Begründung von Carsten Löcker halte er aber für weit hergeholt, denn der Antrag gehe nur an sehr wenigen Stellen überhaupt auf den Verkehr ein.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Schwerlasttransporte im Schaustellergewerbe (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5363

in Verbindung mit:

Gebühren für Streckengenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte in der Schaustellerbranche (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5363

– keine Wortbeiträge

7 Wiederaufbau der zerstörten Verkehrsinfrastruktur in den durch Starkregen betroffenen Gebieten *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5544

in Verbindung mit:

Auswirkungen der Unwetterkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 im Bereich der Verkehrsinfrastruktur *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5544

Minister Hendrik Wüst (VM) berichtet:

Die Flutkatastrophe hat in den betroffenen Gebieten bei den Menschen schlimme Schäden hinterlassen. Menschen haben in den Fluten Angehörige, ihr Hab und Gut und ihre Heimat verloren. Ich selbst bin mehrfach vor Ort gewesen: Was man im Fernsehen und auf Fotos sieht, ist nicht annähernd eine realitätsnahe Beschreibung. Ich bin Jahrgang 75 und habe mir nicht vorstellen können, so etwas zu meinen Lebzeiten in Deutschland sehen zu müssen; das geht einem schon nahe. Ich fand unser gemeinsames Gedenken am 9. August angemessen.

Angesichts dessen ist es fast schon vermessen, über Infrastruktur zu reden, wenn es selbstverständlich auch schlimme Schäden an der Infrastruktur und der überregionalen Verkehrsinfrastruktur gibt, über die wir sprechen müssen. Es gibt viele Sperrungen auf Autobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen und Bahnstrecken, die die Folge der Unwetter gewesen sind. Weil Mobilität in unserer Gesellschaft wichtig ist und zur Grundversorgung gehört, müssen wir darüber sprechen.

Es wurde sehr schnell reagiert, damit die Infrastruktur so weit wie möglich wieder nutzbar, repariert und nötigenfalls neu gebaut wird. Der Landesbetrieb Straßen.NRW ist teilweise selbst betroffen: Die Straßenmeisterei Schleiden ist ebenfalls überflutet worden; die dortigen Mitarbeiter sind auch persönlich stark betroffen. Ich habe mit ihnen gesprochen: Sie sind mit einem Schneepflug hinausgefahren und haben die Straßen vom Geröll befreit, weil nichts anderes da war. Wir haben keine großen Bagger und schwere Maschinen, sondern die Firmen, die für uns arbeiten. Die Mitarbeiter haben aber erst einmal gemacht, was sie konnten, um zu helfen.

Das war und ist dort der Geist bis heute, für den ich ebenso dankbar bin wie für die Eigenverantwortung des Landesbetriebs und der Kolleginnen und Kollegen vor Ort; von denen hat niemand auf die Stunden geachtet. Ich habe mit einem Mann in der Schlosserei in Schleiden gesprochen, der nicht zu uns kommen, sondern arbeiten, arbeiten, arbeiten wollte. Man hat mir gesagt: Gehen Sie mal hin; vielleicht können Sie ihn nach Hause schicken. Er will nicht nach Hause, denn er hat alles verloren.

Nicht einmal Portemonnaie oder Handy hat er retten können und will jetzt nur arbeiten, arbeiten, arbeiten. – Er sagte mir auch: Er schläft auf dem Sofa eines Kollegen. Ich soll ihn in Ruhe arbeiten lassen; dann käme er schon irgendwann wieder runter. Sehr stark Betroffene haben doppelt in die Hände gespuckt, sodass man sie am Ende wirklich nach Hause schicken musste.

Der Wiederaufbau ist also in vollem Gange, wofür wir den Kolleginnen und Kollegen dankbar sind. Wir haben sie aus dem ganzen Land zusammengezogen, um die Schäden zu erfassen und zu begutachten. Es ist völlig klar, dass man so etwas nicht mit den Leuten aus der Region machen kann – schon gar nicht, wenn sie selbst so betroffen sind. Auch hier gab es eine völlige Solidarität: Alle Autos in Schleiden sind abgeseifen. Auch bei den großen war nicht sicher, ob man sie überhaupt wieder in Betrieb nehmen könnte. Sofort gab es Autos aus den anderen Bereichen des Landesbetriebs mit Kennzeichen aus dem gesamten Land. Zu helfen ist in einem Betrieb selbstverständlich, aber das ist einfach passiert, ohne dass man lange darum bitten musste.

Die Bauwirtschaft war sehr hilfreich: Alle Unternehmen, die man gefragt hat, ob sie nicht neben dem Auftrag, den sie gerade bearbeiten, den neuen Schaden im Wege eines Nachtrags mit erledigen könnten, haben das zugesagt. Ich habe in Altena Mitarbeiter eines Bauunternehmens getroffen, die eigentlich an einem Kreisverkehr gearbeitet und auch noch die Hangrutschung mit erledigt haben, was nicht ganz banal ist, weil es auch um Gasleitungen usw. geht. Ich hätte verstanden, wenn sie das abgelehnt hätten. Am Wochenende sind sie dann mit den Maschinen des Chefs auch noch ins Ahrtal gefahren. Das ist schon ein guter Geist, und ich habe den Dank an die Bauunternehmen und die Mitarbeiter ausgerichtet. Der Unternehmer kann seine Leute letztlich auch nur fragen, ob sie gewillt sind, einen draufzulegen, denn am Ende muss das freiwillig sein.

Die Höhe der Schäden an der Infrastruktur, die in unserer Zuständigkeit liegt, also Bundesstraßen, die wir in Auftragsverwaltung bearbeiten, und Landesstraßen, beläuft sich – in Anführungszeichen – nur auf 120 Millionen Euro. Die Folge waren aber 220 Straßensperrungen, weil eine Hangrutschung eine ganze Straße unterbricht. 85 % davon sind entweder schon erledigt, befinden sich im Bau, oder die Sanierung ist beauftragt. Beim Rest ist es komplizierter, weil noch Untersuchungen und Planungen laufen, wie man mit den Schäden umgeht. Die aktuellen Details mit Stand von gestern – es gibt immer noch eine Dynamik, sodass es sein kann, dass noch etwas hinzu kommt, wenn noch ein Hang oder eine Böschung ins Rutschen kommen – habe ich Ihnen in einem Update zum ersten Bericht gestern zur Verfügung gestellt.

Wir haben zügig eine Taskforce eingerichtet, die diesen alarmistischen Begriff in diesem Fall zu Recht trägt, aus dem Landesbetrieb Straßen.NRW, der Autobahn GmbH, der Deutschen Bahn, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, dem Städtetag, dem Bauindustrieverband, den baugewerblichen Verbänden, der Bundesvereinigung mittelständischer Bauunternehmen und der Aufgabenträger VRR, NWL und NVR.

Zunächst haben wir Sonn- und Feiertagsfahrverbote sowie Fahrverbote an Samstagen in Ferien für Lkw aufgehoben, um alles, was in der Region gebraucht wurde, aus allen anderen Bundesländern heranzuschaffen – ob es Baumaschinen, Bautrockner oder anderes war, denn alles musste sieben Tage die Woche dorthin kommen. Diese Regelung gilt noch bis zum 30. November; nach heutigem Stand ist diese Ausnahme danach nicht mehr nötig, denn der Sonn- und Feiertagsschutz ist ein hohes Gut.

Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass der Wiederaufbau der überörtlichen Verkehrsinfrastruktur ohne neue Baurechtsverfahren selbst dann eins zu eins erfolgen kann, wenn die heutigen Standards andere bauliche Umsetzungen erfordern. Damit meine ich konkret: Eine Bundesstraße ist heute etwas breiter als vor 30 Jahren. Für den in Summe halben Meter an beiden Seiten mehr befindet man sich außerhalb des Bisherigen, sodass man eigentlich Baurechtsverfahren durchführen müsste. Wir sind uns wohl alle einig, dass das bei Straßen und Schienen nicht auch noch zu Verzögerungen führen darf.

Ein weiterer Punkt sind Vergabeverfahren: In solchen Situationen sieht das EU-Recht vor, dass man zeitlich befristet – in diesem Fall bis Ende des Jahres – im Sechs-Augen-Prinzip bis zu 5,3 Millionen Euro direkt vergeben kann. So regeln wir jetzt recht unbürokratisch vieles und sind deswegen bei der Auftragsvergabe schon so schnell, weil wir das in diesem Sonderfall machen dürfen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium waren sehr hilfreich.

Klaus Vossemer (CDU) berichtet, als Bewohner der stark betroffenen Region Euskirchen hätten ältere Mitmenschen von der stärksten Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen. Zwar werde über Politikerbesuche in solchen Fällen gestritten, aber er halte es für hilfreich, dass sich der Minister mehrfach ein Bild vor Ort gemacht habe, weil Fernsehaufnahmen und Bilder bei Weitem nicht widerspiegeln, was man vor Ort und in persönlichen Gesprächen mit den Betroffenen erlebe.

Auch seine Fraktion danke für das zupackende Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Straßen.NRW, sodass in erstaunlich kurzer Zeit zumindest viele Straßen wieder für den Verkehr freigegeben worden seien. Das Maßnahmenpaket aus Vergabeerleichterungen und dem Aufbau eins zu eins bezeichnet er als besonders hilfreich.

In der Region werde über einen zukunftsgerichteten klimaresilienten, digitalen und mit Blick auf die Schienen elektrifizierten Wiederaufbau diskutiert, um zukünftig für vergleichbare Ereignisse besser gerüstet zu sein. Zudem müsse man vieles vollständig zerstörte sowieso völlig neu aufbauen. Alle Parteien seien sich einig, dass Geld für den Wiederaufbau am Ende keine Rolle spielen dürfe. Es müsse aber eben auch um die Art des Wiederaufbaus gehen, was das im Bundestag beratene Fluthilfegesetz auch berücksichtigen müsse, weshalb er den Minister bitte, sich in Berlin für die Elektrifizierung der Bahnstrecken und eine zukunftsorientierte Planung einzusetzen. Auch brauche man für bestimmte Bereiche Freistellungen von Planungsverfahren, um zu beschleunigen.

Gordan Dudas (SPD) hebt die Hilfsbereitschaft der Menschen entweder durch eine Spende oder durch aktives Handeln hervor, was die große Solidarität in Nordrhein-Westfalen belege. Dringende Maßnahmen dürften nicht an Genehmigungsverfahren scheitern. Insbesondere Gewerbebetriebe könnten nicht auf lange Genehmigungsverfahren warten, sodass nach Möglichkeit sofort reagiert und die unteren Behörden angewiesen werden müssten, die Genehmigungen zu erteilen, um Arbeitsplätze zu sichern.

Darüber hinaus halte er es für wünschenswert, sämtliche Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, für die nach der ersten Idee bis zur Umsetzung teilweise 30 Jahre ins Land gingen. Obwohl er das sofortige Handeln für wichtig halte, dürfe es trotz der schwierigen Situation bei anderen bereits geplanten Sanierungsmaßnahmen nicht zum Stillstand kommen.

Carsten Löcker (SPD) bezeichnet die Liste des Ministeriums zu den Schäden als dramatisch und dankt für das proaktive Handeln. Er bittet die Landesregierung, auch zukünftig über den Fortgang zu berichten.

Nic Peter Vogel (AfD) kommt auf die Müllentsorgung zu sprechen. Teilweise würden Notdeponien errichtet, die die Gefahr von Seuchen sowie von unkontrollierten Bränden erhöhten, wenn beispielsweise eine Lithiumbatterie in Brand gerate, weshalb die Feuerwehr trotz Platzproblemen vorsorglich Brandschneisen ziehe.

Arndt Klocke (GRÜNE) zeigt sich ebenfalls sehr betroffen, zumal er Bad Münstereifel und Erftstadt-Blessem selbst kenne. Er möchte wissen, ob man resilienter neu baue, mehr entsiegele, damit Wasser zukünftig besser abfließen könne, und ob man teilweise über Ersatzverbindungen an anderer Stelle nachdenke, kurzum, ob die neuen Erkenntnisse zum Hochwasserschutz und die in den nächsten Jahrzehnten weiterhin zu erwartenden klimatischen Veränderungen berücksichtigt würden. Er fragt, ob beim Wiederaufbau der Straßen auch Radwege gebaut würden und inwiefern man bei Schienenstrecken an Erweiterungen und die Elektrifizierung denke.

Minister Hendrik Wüst (VM) sagt zu, den Dank der Abgeordneten weiterzugeben. Der Gesetzentwurf zum Fluthilfeaufbaugesetz sehe nicht nur vor, dass neue bundesrechtliche Standards ohne Baugenehmigung umgesetzt werden dürften, sondern auch die Berücksichtigung einer besseren Resilienz, was er für einen enormen Schritt halte.

Der Wiederaufbau der Bahnstrecken erfolge nach dem aktuellen Stand der Leit- und Sicherheitstechnik, wofür keine Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich sein sollten. Der Bund werde dafür die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Mitgeplant werde auch die Elektrifizierung, sofern dies kein Planfeststellungsverfahren erforderlich mache, um den Wiederaufbau einer Strecke nicht zu verzögern. Er unterstreicht, er gebe lediglich seinen letzten Verfahrensstand wieder, der auch davon abhängen würde, ob das Bundesumweltministerium mitspiele. Mit Blick auf die Finanzierung gebe es bereits Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium, denn die Regelungen in Bezug auf das Planungsrecht erfordere nun von allen guten Willen. Zur Elektrifizierung habe heute auch der NVR einen breitgetragenen Beschluss veröffentlicht.

Er schließt sich Gordon Dudas an und betont, er brauche niemanden anzuweisen, sondern vor Ort gehe es nun vor allem um Rechtssicherheit, damit schnell, aber rechtskonform entschieden werden könne. Laufende Baumaßnahmen würden sich mit Blick auf die aktuelle Situation gegebenenfalls etwas verzögern, aber es werde keine Abstriche oder Umpriorisierung von bereits avisierten Baumaßnahmen geben, weil die dafür benötigten Mittel aus einem anderen Topf stammten. Er sagt zu, über den Fortgang der Entwicklung zu berichten.

Die Müllentsorgung liege nicht in seinem Zuständigkeitsbereich. Sein Haus habe einen Pendlerparkplatz zur Mülllagerung freigegeben, wenn er dadurch wahrscheinlich auch zerstört und hinterher neu hergestellt werden müsse. Ähnliches gelte für die ohnehin zerstörte L194, denn Not kenne kein Gebot. Das Umweltministerium versuche, die Müllverbringung auch auf Deponieraum außerhalb der Region zu organisieren, wobei es mit Blick auf die Aufhebung des Sonn- und Feiertagsfahrverbots nicht zu logistischen Problemen kommen sollte.

Zur Frage nach dem resilienteren Wiederaufbau verweist er auf beispielsweise größere Spannweiten von Brückenbauwerken, um den Wasserfluss zukünftig weniger zu beeinträchtigen. Auch würden Böschungen insbesondere an Fließgewässern anders gesichert, weshalb man möglicherweise auch massiver bauen müsse, um Hangrutschungen zu vermeiden. Die Bundes- und landesrechtlichen Möglichkeiten böten die Gelegenheit, dies zu tun, wo immer es angezeigt sei. Im Gegensatz zum Bund arbeite man nach seiner Kenntnis nicht mit Provisorien, sondern baue direkt wieder auf.

Radwege werde man sich insbesondere beim Neubau von Bauwerken sehr genau anschauen, wobei man auf viel guten Willen der anderen Behörden angewiesen sei, weil es sich um zusätzliche Infrastruktur handele, die man weder mit Resilienz noch mit Elektrifizierung begründen könne. Es bleibe daher ungewiss, ob dies an vielen Stellen gelingen werde, wenn er dies auch begrüßte.

8 Verschiedenes

Minister Hendrik Wüst (VM) antwortet auf die Frage von Nic Peter Vogel aus der letzten Ausschusssitzung, ob an neuralgischen Punkten Motorradfahrer mit Blick auf die Vermeidung von Motorradlärm bereits in dieser Saison kontrolliert würden, nach Auskunft des zuständigen Innenministeriums führe die nordrhein-westfälische Polizei in der Motorradsaison von März bis Oktober Schwerpunktkontrollen in ausgewählten Kreispolizeibehörden durch.

gez. Thomas Nüchel
Vorsitzender

3 Anlagen

28.09.2021/30.09.2021

10



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr
Herrn Thomas Nüchel MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Carsten Löcker MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Verkehr

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2615
Fax: 0211 - 884 3222
carsten.loecker@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

31. Mai 2021

Thema: Schwerlasttransporte im Schaustellergewerbe

Bitte um einen schriftlichen wie mündlichen Bericht der Landesregierung zum Genehmigungsverfahren sowie einer drastischen Gebührenerhöhung für Großraum- und Schwertransporte, welche vor allem das Schaustellergewerbe treffen, zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 23. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Schreiben des Deutschen Schaustellerbund e.V. (DSB) an alle Mitglieder des Verkehrsausschusses macht der DSB auf eine drastische Gebührenerhöhung, die sich laut Verein ggü. 2019 auf plus 600% belaufen sowie auf große Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte aufmerksam.

Das Schaustellergewerbe ist durch die Gesundheitskrise mit Schließungen und Absagen von Großevents schwer gebeutelt. Die Branche benötigt für den hoffentlich zeitnah möglichen Neustart die volle Unterstützung und keine höheren Gebühren.

Aufgrund der Bedeutung des Themas für die Zukunft des Schaustellergewerbes, aber auch für die Zukunft von Volksfesten, Kirmesveranstaltungen, Konzerte und weitere gesellschaftliche und kulturelle Großveranstaltungen in NRW, bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen wie mündlichen Bericht zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 23. Juni 2021. Der Bericht soll dabei insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Entspricht es der Realität, dass die Gebührenkataloge in den Ländern unterschiedlich sind? Wenn ja, wie steht NRW im Vergleich zu den anderen Bundesländern da?
2. Wird NRW auf die ursprünglich beabsichtigte bundesweite Vereinheitlichung des Vemags-Systems drängen?
3. Ist eine vom Schaustellerbund gewünschte Dauergenehmigung machbar?
4. Gibt es Spielraum dafür, die Branche der Schausteller im Vergleich zu gewerblichen Logistikern gesondert zu behandeln, aufgrund dessen, dass der Transport zur Beschickung von Volksfesten u.ä. nicht gewerblich ist und sich dessen Kosten nicht umwälzen lassen?

5. Aus welchem Grund unterscheiden sich Gebühren für Strecke A nach B bei der umgekehrten Richtung von B nach A teilweise so stark?
6. Ist es möglich und sinnvoll, zu der Regelung zurückzukehren, dass für 1 Anhänger auch mehrere Zugmaschinen zum Einsatz kommen können?

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Löcker



Landtag Nordrhein-Westfalen

Arndt Klocke MdL

stellv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die GRÜNEN

Landtags NRW • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des
Verkehrsausschusses
Thomas Nüchel

Telefon: (0211) 884-4336

Fax: (0211) 884-3507

E-Mail: arndt.klocke@
landtag.nrw.de

Düsseldorf, 10.06.2021

Berichts-anfrage für die Verkehrsausschusssitzung am 23. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Nüchel,

hiermit beantrage ich für die GRÜNE Landtagsfraktion für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 23. Juni 2021 einen mündlichen und schriftlichen Bericht der Landesregierung:

Gebühren für Streckengenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte in der Schaustellerbranche

Von Seiten der Schaustellerinnen und Schausteller wird – insbesondere im Lichte der hohen Einnahmehausfälle durch die Coronapandemie – Kritik an den gestiegenen Gebühren für Streckengenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte geübt. In Bezug auf das Schreiben des Deutschen Schaustellerbundes e.V. hat die SPD-Fraktion die Landesregierung bereits um einen Bericht gebeten. An der Beantwortung dieser Fragen ist die GRÜNE Landtagsfraktion ebenso interessiert. Zusätzlich ergeben sich weitere Fragen, um deren Beantwortung ich im Bericht ebenfalls bitte:

1. In welcher Weise können für mögliche Dauergenehmigungen die Kosten reduziert werden?
2. Ist der erhöhte Arbeits- und Verwaltungsaufwand, seitdem jede Fahrzeugkombination separat genehmigt werden muss und die Genehmigung eines Anhängers für mehrere Zugmaschinen nicht mehr möglich ist, gemessen und dokumentiert worden?
3. Wie hat sich die Landesregierung zu den Fragen 1 bis 5 der SPD-Berichts-anfrage und verwandten Themen im Rahmen der Beratungen zur Novellierung der Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene positioniert?

Mit freundlichen Grüßen,

Arndt Klocke
stellv. Fraktionsvorsitzender



Landtag Nordrhein-Westfalen

Arndt Klocke MdL

stellv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die GRÜNEN

Landtags NRW • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des
Verkehrsausschusses
Thomas Nüchel

Telefon: (0211) 884-4336

Fax: (0211) 884-3507

E-Mail: arndt.klocke@
landtag.nrw.de

Düsseldorf, 03.08.2021

Berichts-anfrage für die Verkehrsausschusssitzung am 25. August 2021

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Nüchel,

hiermit beantrage ich für die GRÜNE Landtagsfraktion für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 25. August 2021 einen mündlichen und schriftlichen Bericht der Landesregierung:

Wiederaufbau der zerstörten Verkehrsinfrastruktur in denen durch Starkregen betroffenen Gebieten

Die Starkregenfälle um den 14. Juli 2021 und die daraus resultierenden Überschwemmungen hatten katastrophale Folgen für die betroffenen Menschen, viele haben ihr Leben, ihr Zuhause und ihre wirtschaftliche Existenz verloren. Aber auch die öffentliche Verkehrsinfrastruktur in NRW ist an vielen Stellen durch das Unwetter völlig zerstört oder reparaturbedürftig geworden. In diesem Zusammenhang bitten wir um einen Bericht des Verkehrsministers über die aktuelle Situation und die entstandenen Schäden sowie zu folgenden Fragestellungen:

1. Welche Straßen- und Schienenverbindungen sind zurzeit noch nicht wieder für den Verkehr freigegeben?
2. Wie sieht die zeitliche Prognose für die vollständige Nutzbarkeit der Verkehrswege je nach Verkehrsträger aus?
3. Nach welcher Priorität werden die einzelnen Wiederaufbau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt?
4. Wie ist die derzeitige Situation in den Regionalniederlassungen von Straßen.nrw, was die Kapazitätsauslastung und das Abarbeiten von Prioritäten angeht?
5. Gibt es Überlegungen, einige Straßen- und Schienenwege aufgrund der prognostizierten steigenden Unwetterhäufigkeit an den bisherigen Stellen nicht wieder herzustellen und an anderer Stelle neu zu bauen?
6. Mit welchen Methoden und Maßnahmen können Straßen, Brücken und Schienenwege zukünftig resilienter gegen Starkregenereignisse werden?

Mit freundlichen Grüßen,

Arndt Klocke
stellv. Fraktionsvorsitzender